

Landesgesetzblatt für Wien

Jahrgang 1972

Ausgegeben am 22. August 1972

10. Stück

10. Gesetz: Besoldungsordnung 1967; Änderung (7. Novelle zur Besoldungsordnung 1967).

10.

Gesetz vom 26. Mai 1972, mit dem die Besoldungsordnung 1967 geändert wird (7. Novelle zur Besoldungsordnung 1967)

Der Wiener Landtag hat beschlossen:

Artikel I

Die Besoldungsordnung 1967, LGBL für Wien Nr. 18, in der Fassung der Landesgesetze LGBL für Wien Nr. 30/1967, 34/1967, 26/1968, 45/1969, 15/1971 und 4/1972 wird wie folgt geändert:

1. Der erste Satz des § 5 Abs. 2 hat zu lauten: „Einkünfte im Sinne dieses Gesetzes sind die im § 2 des Einkommensteuergesetzes 1967, BGBl. Nr. 268, in der Fassung der Bundesgesetze BGBl. Nr. 9/1969, 194/1969, 9/1970, 325/1970, 370/1970, 228/1971 und 370/1971 angeführten Einkünfte, soweit sie nicht nach § 3 desselben Gesetzes steuerfrei sind.“

2. Dem Abs. 2 des § 10 ist folgende Bestimmung anzufügen:

„Diese Zulagen gelten als Bestandteil des Gehaltes.“

3. Nach dem § 22 ist folgende Bestimmung einzufügen:

„Ersatzleistung

§ 22 a. (1) Dem weiblichen Beamten gebührt während des Karenzurlaubes nach dem Landesgesetz LGBL für Wien Nr. 8/1970 eine Ersatzleistung, wenn das neugeborene Kind mit ihm im selben Haushalt wohnt und von ihm regelmäßig selbst gepflegt wird. Der Aufenthalt des Beamten oder des Kindes in einer Krankenanstalt schließt den Anspruch auf die Ersatzleistung nicht aus.

(2) Kommt der Beamte für den Unterhalt des Kindes überwiegend selbst auf, so beträgt die Ersatzleistung bei einem letzten Monatsbezug ohne Haushaltszulage

	monatlich
bis 3000 S	1400 S,
über 3000 S bis 3500 S	1550 S,
über 3500 S bis 4000 S	1700 S,
über 4000 S bis 4500 S	1850 S,
über 4500 S	2000 S.

(3) Kommt der Beamte für den Unterhalt des Kindes nicht überwiegend selbst auf, so beträgt die Ersatzleistung die Hälfte des nach Abs. 2 gebührenden Betrages.

(4) Die Ersatzleistung erhöht sich um den Betrag der Haushaltszulage, die dem Beamten gebühren würde, wenn ihm nicht ein Karenzurlaub gewährt worden wäre.

(5) Die Bestimmungen des § 7 Abs. 1 und 3 sind auf die Ersatzleistung sinngemäß anzuwenden.

(6) Gebührt die Ersatzleistung nur für den Teil eines Kalendermonates oder ändert sich im Laufe eines Kalendermonates die Höhe der Ersatzleistung, so entfällt auf jeden Tag ein Dreißigstel der entsprechenden Ersatzleistung. Für die außerhalb des Karenzurlaubes liegenden Tage des Kalendermonates, in dem der Karenzurlaub beginnt oder endet, gebührt dem Beamten je ein Dreißigstel des Monatsbezuges.

(7) Der Beamte ist verpflichtet, alle nach dem Zeitpunkt des Beginnes des Karenzurlaubes nach dem Landesgesetz LGBL für Wien Nr. 8/1970 eintretenden Tatsachen, die für den Anfall, die Änderung oder die Einstellung der Ersatzleistung von Bedeutung sind, der Dienstbehörde schriftlich zu melden.

(8) Auf eine Mutter, die im Zeitpunkt der Entbindung Beamter war und vor Antritt eines gebührenden Karenzurlaubes nach dem Landesgesetz LGBL für Wien Nr. 8/1970 oder während eines solchen Karenzurlaubes dem Dienst entsagt, sind die Bestimmungen über die Ersatzleistung so anzuwenden, als ob ihr ab dem Ausscheiden aus dem Dienstverhältnis bis zum Ablauf eines Jahres nach der Entbindung ein Karenzurlaub nach dem Landesgesetz LGBL für Wien Nr. 8/1970 gewährt worden wäre.“

4. Die lit. a bis c des § 25 haben zu lauten:

„a) Dienstzulage für den Krankenpflegefachdienst und für Hebammen:

(1) Die Höhe der Dienstzulage für den Krankenpflegefachdienst und für Hebammen ist in der Anlage 3 festgesetzt.

(2) Die Dienstzulage für den Krankenpflegefachdienst und für Hebammen wird bei Ver-

wendungsänderung eingestellt; die Einstellung erfolgt nicht, wenn die Voraussetzungen des § 21 Abs. 5 vorliegen.

b) Pflegedienst-Chargenzulage:

(1) Die Höhe der Pflegedienst-Chargenzulage ist in der Anlage 3 festgesetzt.

(2) Die Pflegedienst-Chargenzulage wird bei Verwendungsänderung eingestellt; die Einstellung erfolgt nicht, wenn die Voraussetzungen des § 21 Abs. 5 vorliegen.

c) Dienstzulage für med.-techn. Fachkräfte:

(1) Die Höhe der Dienstzulage für med.-techn. Fachkräfte ist in der Anlage 3 festgesetzt.

(2) Die Dienstzulage für med.-techn. Fachkräfte wird bei Verwendungsänderung eingestellt; die Einstellung erfolgt nicht, wenn die Voraussetzungen des § 21 Abs. 5 vorliegen.“

5. Die bisherigen lit. b und c des § 25 erhalten die Bezeichnungen lit. d und e.

6. Die Z. 7 bis 9 der Anlage 3 zur Besoldungsordnung 1967 haben zu lauten:

„7. Zu § 25 lit. a Abs. 1:

Die Dienstzulage für den Krankenpflegefachdienst und für Hebammen beträgt monatlich

445 S für Hebammen,
Kinderkranken- und Säuglings-
schwestern,
Krankenschwestern (Kranken-
pfleger),
Lehrhebammen,
Lehrschwestern (Lehrpfleger),
Lehrvorsteher (Lehroberinnen),
Oberhebammen,
Oberinnen,
Oberschwester (Oberpfleger),
Pflegevorsteher(-innen),
Psychiatrische Krankenschwestern
(Krankenpfleger),
Schuloberinnen,
Stationshebammen,
Stationsschwester (Stations-
pfleger).

Ab einer Einreihung in Verwendungsgruppe C, Dienstklasse II, Gehaltsstufe 6 beträgt die Dienstzulage 534 S.

8. Zu § 25 lit. b Abs. 1:

Die Pflegedienst-Chargenzulage beträgt monatlich

a) 979 S für Lehrvorsteher (Lehroberinnen),
Leitende Lehrassistenten (Leitende Lehrassistentinnen) an den Schulen für den med.-
techn. Laboratoriumsdienst, für den physiotherapeutischen Dienst und für den med.-techn.

Fachdienst im Allgemeinen
Krankenhaus der Stadt Wien,
Oberinnen,
Pflegevorsteher(-innen),
Schuloberinnen;

b) 801 S für Lehrassistenten (Lehrassistentinnen),
Lehrhebammen,
Lehrschwestern (Lehrpfleger),
Leitende Lehrassistenten (Leitende Lehrassistentinnen) an den Schulen für den radiologisch-techn. Dienst und für den Diätendienst im Allgemeinen Krankenhaus der Stadt Wien sowie an der Schule für den radiologisch-techn. Dienst im Krankenhaus der Stadt Wien — Lainz,
Oberassistenten (Oberassistentinnen) der med.-techn. Dienste,
Oberhebammen,
Oberschwester (Oberpfleger);

c) 623 S für Stationsassistenten (Stationsassistentinnen) der med.-techn. Dienste,
Stationshebammen,
Stationsschwester (Stationspfleger).

9. Zu § 25 lit. c Abs. 1:

Die Dienstzulage für med.-techn. Fachkräfte beträgt 356 S monatlich.“

7. Die bisherigen Z. 8 bis 17 der Anlage 3 zur Besoldungsordnung 1967 erhalten die Bezeichnungen 10 bis 19.

8. In der Z. 10 (neu) der Anlage 3 zur Besoldungsordnung 1967 ist der Ausdruck „§ 25 lit. b Abs. 1“ durch den Ausdruck „§ 25 lit. d Abs. 1“ zu ersetzen.

9. In der Z. 11 (neu) der Anlage 3 zur Besoldungsordnung 1967 ist der Ausdruck „§ 25 lit. c Abs. 1“ durch den Ausdruck „§ 25 lit. e Abs. 1“ zu ersetzen.

Artikel II

(1) Die nach dem Landesgesetz LGBl. für Wien Nr. 9/1961 in der Fassung der Landesgesetze LGBl. für Wien Nr. 4/1963, 13/1965 und 32/1968 erbrachten Leistungen sind auf die gemäß § 22 a der Besoldungsordnung 1967 in der Fassung des Art. I für denselben Zeitraum gebührenden Ersatzleistungen anzurechnen.

(2) Für die Zeit bis zur Kundmachung dieses Gesetzes gebührt die Ersatzleistung gemäß § 22 a der Besoldungsordnung 1967 in der Fassung des Art. I auf Antrag.

Artikel III

Bei Beamten, die vor dem 1. Jänner 1972 aus dem Dienststand ausgeschieden sind, ist dem ruhegenußfähigen Monatsbezug die Pflegedienst-Chargenzulage statt mit den Beträgen gemäß Z. 8 der Anlage 3 zur Besoldungsordnung 1967 in der Fassung des Art. I mit folgenden Beträgen zugrunde zu legen:

- a) 619 S für Lehrassistenten (Lehrassistentinnen),
Lehrhebammen,
Lehrschwestern (Lehrpfleger),
Lehrvorsteher (Lehroberinnen),
Leitende Lehrassistenten (Leitende Lehrassistentinnen),
Oberassistenten (Oberassistentinnen) der med.-techn. Dienste,
Oberhebammen,
Oberinnen,
Oberschwestern (Oberpfleger),
Pflegevorsteher(-innen),
Schuloberinnen;
- b) 371 S für Stationsassistenten (Stationsassistentinnen) der med.-techn. Dienste,
Stationshebammen,
Stationsschwestern (Stationspfleger).

Artikel IV

Die Besoldungsordnung 1967, LGBL für Wien Nr. 18, in der Fassung der Landesgesetze LGBL für Wien Nr. 30/1967, 34/1967, 26/1968, 45/1969, 15/1971 und 4/1972 sowie in der Fassung des Art. I wird wie folgt geändert:

1. Der Abs. 2 des § 3 hat zu lauten:

„(2) Der Monatsbezug besteht aus dem Gehalt und allfälligen Zulagen (Dienstalterszulage, ruhegenußfähige Dienstzulage, Ergänzungszulage, Haushaltszulage, Teuerungszulage).“

2. Die lit. e des § 25 hat zu lauten:

„e) Dienstzulage für Säuglings- und Kinderpflegerinnen: (wie bei Art. I Z. 4)

(1) Die Höhe der Dienstzulage für Säuglings- und Kinderpflegerinnen ist in der Anlage 3 festgesetzt.

(2) Die Dienstzulage für Säuglings- und Kinderpflegerinnen wird bei Verwendungsänderung eingestellt; die Einstellung erfolgt nicht, wenn die Voraussetzungen des § 21 Abs. 5 vorliegen.“

3. Die bisherige lit. e des § 25 erhält die Bezeichnung lit. f.

4. Nach dem § 26 ist folgende Bestimmung einzufügen:

„Teuerungszulage

§ 26 a. (1) Sofern es zur Anpassung der Monatsbezüge an geänderte Lebenshaltungskosten notwendig ist, können durch Verordnung des Stadtsenates Teuerungszulagen gewährt werden. Diese Teuerungszulagen sind in Hundertsätzen festzusetzen. Sie können für die einzelnen Teile des Monatsbezuges (§ 3 Abs. 2) auch verschieden hoch festgesetzt werden.

(2) Die Teuerungszulage teilt das rechtliche Schicksal des Teiles des Monatsbezuges, zu dem sie gewährt wird. Wird in diesem Gesetz auf einen Teil des Monatsbezuges, zu dem eine Teuerungszulage gebührt, Bezug genommen, so erhöhen sich die hiebei ergebenden Beträge um die Teuerungszulage.“

5. Die Anlage 2 zur Besoldungsordnung 1967 und die Anlage 3 zur Besoldungsordnung 1967 erhalten die Fassung gemäß den Beilagen.

Artikel V

Bei Beamten, die vor dem 1. Jänner 1972 aus dem Dienststand ausgeschieden sind, ist dem ruhegenußfähigen Monatsbezug die Pflegedienst-Chargenzulage statt mit den Beträgen gemäß Z. 8 der Anlage 3 zur Besoldungsordnung 1967 in der Fassung des Art. IV mit folgenden Beträgen zugrunde zu legen:

- a) 779 S für Lehrassistenten (Lehrassistentinnen),
Lehrhebammen,
Lehrschwestern (Lehrpfleger),
Lehrvorsteher (Lehroberinnen),
Leitende Lehrassistenten (Leitende Lehrassistentinnen),
Oberassistenten (Oberassistentinnen) der med.-techn. Dienste,
Oberhebammen,
Oberinnen,
Oberschwestern (Oberpfleger),
Pflegevorsteher(-innen),
Schuloberinnen;

- b) 467 S für Stationsassistenten (Stationsassistentinnen) der med.-techn. Dienste,
Stationshebammen,
Stationsschwestern (Stationspfleger).

Artikel VI

(1) Die sich aus den Anlagen 2 und 3 zur Besoldungsordnung 1967 in der Fassung des Art. IV und die sich aus Art. V ergebenden Bezugsansätze gebühren ab

1. Juli 1972 im Ausmaß von 91'96 v. H.,
1. Juli 1973 im Ausmaß von 94'64 v. H.,
1. Juli 1974 im Ausmaß von 97'32 v. H.,
1. Juli 1975 im Ausmaß von 100'00 v. H.

(2) Sind die sich nach Abs. 1 einschließlich all-fälliger Teuerungszulagen ergebenden Beträge nicht durch volle Schillingbeträge teilbar, so sind Restbeträge von weniger als 50 Groschen zu vernachlässigen und Restbeträge von 50 Groschen und darüber als volle Schilling anzusetzen.

Artikel VII

Wird in der Dienstordnung 1966, LGBL. für Wien Nr. 37/1967, in der Pensionsordnung 1966, LGBL. für Wien Nr. 19/1967, oder im Ruhe- und Versorgungsgenüßzulagegesetz 1966, LGBL. für Wien Nr. 22/1968, auf einen Teil des Monatsbezuges nach § 3 Abs. 2 der Besoldungsordnung 1967, zu dem dem Beamten des Dienststandes eine Teuerungszulage gebührt, Bezug genommen, so erhöhen sich die hiebei ergebenden Beträge um die Teuerungszulage.

Artikel VIII

(1) Es treten in Kraft:

1. Art. I Z. 3 und Art. II am 1. Jänner 1971,
2. Art. I Z. 4 bis 9 und Art. III am 1. Jänner 1972,
3. Art. IV Z. 2, 3 und 5 sowie Art. V und VI am 1. Juli 1972,
4. Art. IV Z. 1 und 4 sowie Art. VII an dem der Kundmachung dieses Gesetzes folgenden übernächsten Monatsersten.

(2) Verordnungen über die Gewährung von Teuerungszulagen gemäß Art. IV Z. 4 können nach der Kundmachung dieses Gesetzes erlassen werden. Sie dürfen nicht vor dem Inkrafttreten des Art. IV Z. 4 wirksam werden.

(3) Es treten außer Kraft:

1. mit dem Inkrafttreten des Art. I Z. 3 das Landesgesetz vom 30. Juni 1961, LGBL. für Wien Nr. 9, über Ersatzleistungen an öffentlich-rechtliche Bedienstete der Stadt Wien während des Karenzurlaubes aus Anlaß der Mutterschaft in der Fassung der Landesgesetze LGBL. für Wien Nr. 4/1963, 13/1965 und 32/1968;
2. mit dem Inkrafttreten des Art. IV Z. 1 und 4 sowie des Art. VII der Abschnitt IV des Landesgesetzes LGBL. für Wien Nr. 26/1968 in der Fassung des Landesgesetzes LGBL. für Wien Nr. 4/1972.

Artikel IX

Die Gemeinde hat ihre in den Art. II, III und V bis VII geregelten Aufgaben im eigenen Wirkungsbereich zu besorgen.

Der Landeshauptmann: Slavik
Der Landesamtsdirektor: Ertl

Anlage 2

(zu § 12 Abs. 2)

Gehaltsansätze

SCHEMA I

Gehaltsstufe	Verwendungsgruppe					
	1	2	3	4	5	6
	Schilling					
1	3520	3428	3221	3015	2924	2840
2	3686	3587	3355	3132	3021	2919
3	3852	3745	3488	3249	3118	2999
4	4018	3904	3622	3366	3215	3078
5	4185	4062	3755	3483	3312	3157
6	4351	4221	3889	3600	3409	3237
7	4463	4328	3978	3672	3469	3284
8	4575	4435	4067	3744	3530	3332
9	4687	4542	4157	3816	3590	3380
10	4799	4649	4246	3887	3651	3428
11	4911	4756	4336	3959	3711	3476
12	5023	4863	4425	4031	3772	3524
13	5135	4970	4514	4103	3832	3571
14	5247	5077	4604	4174	3892	3619
15	5359	5184	4693	4246	3953	3667
16	5471	5291	4782	4318	4013	3715
17	5583	5398	4872	4390	4074	3763
18	5695	5505	4961	4461	4134	3811
19	5807	5612	5051	4533	4195	3858

SCHEMA II

Dienstklasse	Gehaltsstufe	Verwendungsgruppe				
		E	D	C	B	A
		Schilling				
I	1	2958	3166	3498	—	—
	2	3065	3341	3687	—	—
	3	3172	3516	3876	—	—
	4	3279	3691	4065	—	—
	5	3386	3866	4254	—	—
II	1	3493	4041	4443	4263	—
	2	3561	4148	4560	4493	—
	3	3629	4255	4677	4723	—
	4	3697	4362	4794	4954	—
	5	3765	4469	4911	—	—
	6	3833	4576	5028	—	—
III	1	3901	4683	5145	5184	5782
	2	3969	4790	5262	5414	6069
	3	4037	4897	5379	5645	6356
	4	4105	5004	5496	5875	—
	5	4173	5111	5613	6106	—
	6	4241	5218	—	—	—
	7	4309	5325	—	—	—

Gehaltsstufe	Dienstklasse					
	IV	V	VI	VII	VIII	IX
	Schilling					
1	5432	7565	9408	11623	15949	23034
2	5730	7872	9715	12024	16830	24364
3	6029	8179	10022	12424	17711	25695
4	6336	8486	10422	13305	19042	27026
5	6643	8793	10823	14186	20372	28356
6	6950	9100	11223	15068	21703	29687
7	7257	9408	11623	15949	23034	—
8	7565	9715	12024	16830	24364	—
9	7872	10022	12424	17711	—	—

SCHEMA II L

Gehaltsstufe	Verwendungsgruppe					
	L 3	L 2b 1	L 2b 2	L 2b 3	L 2a 2	L 1
	Schilling					
1	3777	4405	4658	4891	5241	5825
2	3978	4663	4980	5213	5581	6127
3	4179	4921	5302	5535	5921	6429
4	4381	5179	5625	5858	6260	6933
5	4582	5470	6028	6260	6739	7436
6	4822	5761	6430	6663	7217	7940
7	5061	6051	6833	7066	7696	8443
8	5300	6342	7236	7469	8174	8947
9	5539	6633	7639	7872	8652	9526
10	5778	6924	8042	8275	9131	10181
11	6017	7215	8445	8677	9735	10835
12	6257	7631	8927	9160	10339	11490
13	6559	8048	9409	9642	10943	12144
14	6861	8465	9891	10124	11548	12799
15	7163	8881	10373	10606	12152	13454
16	7465	9298	10855	11088	12807	15430
17	7767	9715	11337	11570	13461	16311
18	—	—	—	—	—	17193

Anlage 3

1. Zu § 12 Abs. 2:

Die Verwendungsgruppenzulage beträgt monatlich

in der Verwendungsgruppe	Schilling
A, L 1	577
L 2 a 2	481
B, L 2 b 1, L 2 b 2, L 2 b 3	384
C, L 3	266
D	242
E	193
1	252
2	244
3 zuzüglich Professionisten- zulage	239
3 zuzüglich Autobuslenker- zulage	233
3 zuzüglich außerordentliche Fahrzulage oder Kanalarbeiterzulage	229
3	223
4	204
5	190
6	178

Kommt für einen Beamten die Verwendungsgruppenzulage in verschiedener Höhe in Betracht, so gebührt die höhere.

2. Zu § 13 Abs. 5 letzter Satz:

Die Dienstalterszulage beträgt monatlich in den Verwendungsgruppen L 2 b 3 und L 2 b 2 1161 S, in der Verwendungsgruppe L 2 b 1 .. 663 S.

3. Zu § 21 Abs. 4 erster Satz: 341 S monatlich.

4. Zu § 24 lit. a Abs. 1:

Die Professionistenzulage beträgt monatlich

in der Gehaltsstufe	Schilling
1	113
2	132
3	151
4	170
5	189
6	208
7	223
8	238
9	253
10	268
11	283
12	298
13	313
14	329
15	344
16	359
17	374
18	389
19	404

5. Zu § 24 lit. b Abs. 1:

Die Autobuslenkerzulage beträgt 72 S monatlich.

6. Zu § 24 lit. c Abs. 1:

Die außerordentliche Fahrzulage beträgt monatlich in den Gehaltsstufen 10 bis 12 137 S, ab der Gehaltsstufe 13 232 S.

7. Zu § 25 lit. a Abs. 1:

Die Dienstzulage für den Krankenpflegefachdienst und für Hebammen beträgt monatlich 525 S für Hebammen, Kinderkranken- und Säuglings-schwestern, Krankenschwestern (Kranken-pfleger), Lehrhebammen, Lehrschwwestern (Lehrpfleger), Lehrvorsteher (Lehroberinnen), Oberhebammen, Oberinnen, Oberschwestern (Oberpfleger), Pflegevorsteher(-innen), Psychiatrische Krankenschwestern (Krankenpfleger), Schuloberinnen, Stationshebammen, Stationsschwestern (Stations-pfleger).

Ab einer Einreihung in Verwendungsgruppe C, Dienstklasse II, Gehaltsstufe 6, beträgt die Dienstzulage 630 S.

8. Zu § 25 lit. b Abs. 1:

Die Pflegedienst-Chargenzulage beträgt monatlich

a) 1232 S für Lehrvorsteher (Lehrerinnen),
Leitende Lehrassistenten (Leitende Lehrassistentinnen) an den Schulen für den med.-techn. Laboratoriumsdienst, für den physiotherapeutischen Dienst und für den med.-techn. Fachdienst im Allgemeinen Krankenhaus der Stadt Wien,
Oberinnen,
Pflegevorsteher(-innen),
Schuloberinnen;

b) 1008 S für Lehrassistenten (Lehrassistentinnen),
Lehrhebammen,
Lehrschwwestern (Lehrpfleger),
Leitende Lehrassistenten (Leitende Lehrassistentinnen) an den Schulen für den radiologisch-techn. Dienst und für den Diätendienst im Allgemeinen Krankenhaus der Stadt Wien sowie an der Schule für den radiologisch-techn. Dienst im Krankenhaus der Stadt Wien — Lainz,
Oberassistenten (Oberassistentinnen) der med.-techn. Dienste,
Oberhebammen,
Oberschwwestern (Oberpfleger);

c) 784 S für Stationsassistenten (Stationsassistentinnen) der med.-techn. Dienste,
Stationshebammen,
Stationsschwwestern (Stationspfleger).

9. Zu § 25 lit. c Abs. 1:

Die Dienstzulage für med.-techn. Fachkräfte beträgt 420 S monatlich.

10. Zu § 25 lit. d Abs. 1:

Die Diplombzulage beträgt 159 S monatlich.

11. Zu § 25 lit. e Abs. 1:

Die Dienstzulage für Säuglings- und Kinderpflegerinnen beträgt 420 S monatlich.

12. Zu § 25 lit. f Abs. 1:

Die Feuerwehr-Chargenzulage beträgt monatlich

a) in der Verwendungsgruppe C:
870 S für Hauptbrandmeister,
544 S für Oberbrandmeister,
274 S für Brandmeister und Inspektions-Rauchfänger;

b) in der Verwendungsgruppe D:
274 S für Löschmeister und Inspektions-Rauchfänger.

13. Zu § 26 lit. a Abs. 1 und 4:

Die Leiterzulage beträgt monatlich

a) für Beamte, die in Verwendungsgruppe L 1 eingereiht sind:

in der Dienstzulagen- gruppe	in den Gehaltsstufen		ab der Gehalts- stufe 13
	1 bis 8	9 bis 12	
	Schilling		
I	2630	2811	2984
II	2367	2532	2686
III	2102	2250	2388
IV	1839	1968	2091
V	1579	1686	1789

b) für Beamte, die in Verwendungsgruppe L 2 a 2, L 2 b 3 oder L 2 b 2 eingereiht sind:

in der Dienstzulagen- gruppe	in den Gehaltsstufen		ab der Gehalts- stufe 13
	1 bis 8	9 bis 12	
	Schilling		
I	1287	1392	1499
II	1055	1139	1225
III	848	911	976
IV	709	760	813
V	592	634	677

c) für Beamte, die in Verwendungsgruppe L 2 b 1 eingereiht sind:

in der Dienstzulagen- gruppe	in den Gehaltsstufen		ab der Gehalts- stufe 13
	1 bis 8	9 bis 12	
	Schilling		
I	1001	1094	1177
II	846	916	978
III	706	763	814
IV	589	638	677
V	424	458	488

d) für Beamte, die in Verwendungsgruppe L 3 eingereiht sind:

in der Dienstzulagen- gruppe	in den Gehaltsstufen		ab der Gehalts- stufe 16
	1 bis 10	11 bis 15	
	Schilling		
I	193	203	220
II	277	282	298
III	397	407	432
IV	551	565	599
V	589	609	653
VI	793	811	864
VII	996	1012	1080
VIII	1196	1211	1294
IX	1397	1411	1508
X	1600	1610	1722

14. Zu § 26 lit. b:

Die Musiklehrerzulage beträgt monatlich

in den Gehaltsstufen 1 bis 5 315 S,
in den Gehaltsstufen 6 bis 11 441 S,
ab der Gehaltsstufe 12 629 S.

15. Zu § 26 lit. c Abs. 1:

Die Dienstzulage beträgt monatlich
 in den Gehaltsstufen 1 bis 5 354 S,
 in den Gehaltsstufen 6 bis 11 495 S,
 ab der Gehaltsstufe 12 655 S.

16. Zu § 26 lit. c Abs. 2:

Die Dienstzulage beträgt 239 S monatlich.

17. Zu § 26 lit. c Abs. 4:

Die Dienstzulage beträgt monatlich
 in den Gehaltsstufen 1 bis 10 1196 S,
 in den Gehaltsstufen 11 bis 15 1211 S,
 ab der Gehaltsstufe 16 1294 S.

18. Zu § 26 lit. d Abs. 2:

Die Dienstzulage beträgt 714 S monatlich.

19. Zu § 33 Abs. 1:

a) Beamte des Schemas I:

Gehaltsstufe	Verwendungsgruppe					
	1	2	3	4	5	6
	Schilling					
20	5919	5719	5140	4605	4255	3906
21	6031	5826	5229	4677	4315	3954

b) Beamte des Schemas II:

Gehaltsstufe	Verwendungsgruppe E	Dienstklasse III	Gehaltsstufe		
			10	9	7
			Schilling		
8	4377	IV	8486	—	—
9	4445	V	10422	—	—
		VI	13305	—	—
		VII	19042	—	—
		VIII	—	25695	—
		IX	—	—	31018

Gehaltsstufe	Verwendungsgruppe D	Dienstklasse IV	Schilling		
			Schilling		
			3	6029	
4	6336				

c) Beamte des Schemas II L:

Gehaltsstufe	Verwendungsgruppe					
	L 3	L 2b 1	L 2b 2	L 2b 3	L 2a 2	L 1
	Schilling					
18	8069	10131	11820	12053	14116	—
19	8372	10548	12302	12535	14770	18074
20	—	—	—	—	—	18955

20. Zu § 33 Abs. 2:

Die Professionistenzulage beträgt monatlich
 in der Gehaltsstufe 20 419 S,
 in der Gehaltsstufe 21 434 S.